HEUTE VOR 10 JAHREN.
LEIPZIGER MENSCHENRECHTSGRUPPEN 1989
Gewachsenes Selbstbewußtsein - Blatt 2: 13. März 1999

Am **28. Februar** geben die Leipziger Bürgerrechtsgruppen Arbeitskreis Gerechtigkeit, Initiativgruppe Leben und Arbeitsgruppe Menschenrechte auf einer öffentlichen Veranstaltung in der Markusgemeinde ihre Pläne zur Auszählungskontrolle der Kommunalwahlen bekannt. Am Rande der Veranstaltung veröffentlichen der Arbeitskreis Gerechtigkeit und die Arbeitsgruppe Menschenrechte die Samisdat-Hefte „Die Mücke" zu den Verhaftungen vom Januar und „Varia" mit Texten tschechischer Dissidenten und zu den Verhaftungen von Bürgerrechtlern in der CSSR.

<u>März 1989</u>

Während eines Fürbittgottesdienstes am **7. März** in der Leipziger Lukaskirche für die in der CSSR inhaftierten Bürgerrechtler veröffentlichen der Arbeitskreis Gerechtigkeit und die Arbeitsgruppe Menschenrechte den Aufruf zu einem DDR-weiten Aktionstag für die in der CSSR politisch und religiös Verfolgten am 19. März. Parallel dazu informieren Susanne Krug und Thomas Rudolph vom Arbeitskreis Gerechtigkeit (Leipzig) in Ostberlin westliche Journalisten in einem Pressegespräch über den Aufruf: >>*An die kirchlichen Gruppen und die evangelischen und katholischen Gemeinden in der DDR* ***zu einem DDR-weiten Aktionstag für die aus politischen Gründen Inhaftierten in der CSSR am 19. März 1989<<:***

„<u>1. Schilderung der Ereignisse.</u> Am 21. August 1968 meldete Radio Prag um 1.22 Uhr: „Gestern, am 20. 8. 68 um 23.00 Uhr, haben Truppen des Warschauer Paktes die Staatsgrenze der CSSR überschritten. Es geschah ohne das Wissen des tschechoslowakischen Staatspräsidenten, des Vorsitzenden der Nationalversammlung, des Ministerpräsidenten, des 1. Sekretärs des ZK der KPC und der gewählten Organe." Der Einmarsch der Truppen der 5 Staaten des Warschauer Paktes in die CSSR jährte sich im vergangenen Jahr zum 20. Male. In diesen 20 Jahren wachte der Widerstand gegen die Okkupation und deren Folgen immer wieder auf - und wurde immer wieder zerschlagen. Nachdem im Sommer ´88 ein Seminar der Charta 77 zu diesem Thema von der Polizei aufgelöst wurde, erschienen in einigen Städten der CSSR verschiedene Flugblätter, die zu Demonstrationen und öffentlicher Diskussion über Truppenabzug, Demokratisierung und Lage der Menschenrechte im Lande am 20./ 21. 8. ´88 aufriefen. Am Wochenende des 20./ 21. 8. kam es in der Prager Innenstadt zu Ansammlungen von etlichen Tausend Menschen. Auf dem Wenzelsplatz wurden von Tomas Dvorak, einem Unterzeichner der Charta 77, „8 Forderungen der tschechoslowakischen Jugend" unter großem Beifall verlesen. Sie lauteten:

„1. Abzug der sowjetischen Truppen aus unserem Land; 2. (offizielle) Verurteilung der Okkupation als Verstoß gegen internationale Normen; 3. Eine neue Bewertung der Okkupation im (ganzen) Land; 4. Möglichkeiten der freien Wahl mit unabhängiger Kandidatur; 5. Freiheit der Massenmedien und Auflösung der Zensur; 6. Wahrung der Menschenrechte, wie sie in Helsinki festgelegt worden sind; 7. Freilassung der politischen Häftlinge und Rehabilitation aller Personen, die wegen politischer und religiöser Ansichten verfolgt waren; 8. Ermöglichung der Aktivität der unabhängigen Organisationen und ihre freie Wirkung."

Diese Forderungen wurden von einigen Hundert Kundgebungsteilnehmern auf dem Wenzelsplatz unterschrieben und als Brief an die Staats- und Parteiführung abgesandt. Danach beschloß man, zur Prager Burg zu ziehen, wo sich ca. 10 000 Menschen versammelten, die am späten Abend durch brutalen Polizeieinsatz auseinandergetrieben wurden. Offiziell gab es 77 Verhaftungen, während die inoffiziellen Schätzungen bis zu 200 gingen. Die letzten Verhafteten wurden nach 2 Tagen entlassen.

Im Oktober ´88 versammelten sich wiederum bis zu 20 000 Menschen auf dem Wenzelsplatz. Von 5 unabhängigen Gruppen war zu einer Demonstration aus Anlaß des 70. Jahrestages der Gründung der ersten tschechoslowakischen Republik unter T. G. Masaryk am 28. 10. 1918 aufgerufen worden. Die Polizei setzte gegen die Demonstranten Tränengas, Wasserwerfer, Schlagstöcke und Hunde ein. Von den damals Inhaftierten sind heute noch Petr Cibulka, Hans Marvanova, Tomas Dvorak, Eva Vilarchova und Ivan Martin Irous in Haft.

Vom 11. bis 13. November sollte in Prag das Symposium „Zur Geschichte der CSR im europäischen Kontext von 1918 bis 1988" stattfinden, wozu unter anderem die Charta 77, die Demokratische Initiative und die Initiative zur Demilitarisierung der Gesellschaft aufgerufen hatten; das Symposium wurde von der Polizei zerschlagen. Die tschechoslowakischen Teilnehmer wurden vorübergehend verhaftet. Zum Tag der Menschenrechte am 10. 12. fand eine genehmigte Veranstaltung der Charta 77 mit anderen Gruppen statt, die friedlich verlief. Václav Havel durfte erstmals seit 20 Jahren öffentlich in Prag sprechen. Im Januar ‘89 riefen 5 unabhängige Gruppen (die Charta 77, das Komitee zur Unterstützung der zu Unrecht Verfolgten, die Tschechischen Kinder, der Friedensclub John Lennon und die Gesellschaft der Freunde der USA) zu einer Gedenkveranstaltung für Jan Palach auf. Dieser Student hatte sich am 16. 1. 1969 auf dem Wenzelsplatz selbst verbrannt, um den mit staatlicher Gewalt unterdrückten Widerstand gegen die Okkupation erneut zu entfachen. Er starb am 20. 1. 1969.

Den vom 15. bis 17. 1. auf dem Wenzelsplatz friedlich Versammelten stand eine mit Tränengas, Wasserwerfern, Schlagstöcken und Hunden ausgerüstete Polizei gegenüber. Es kam zu massiven Eingriffen der Ordnungskräfte,

zu blutigen Auseinandersetzungen und Inhaftierungen. Am Mittwoch, dem 18. 1., gab es keine Übergriffe, eine friedvolle Kundgebung konnte stattfinden. Am Donnerstag, dem 19. 1., war das Zuschlagen der Polizei am massivsten. Es gab Schädel-Hirn-Traumen, andere Verwundungen und Inhaftierungen. Ähnlich ging es am Freitag, dem 20. 1., zu, der die „Prager Woche" beschloß. Die Bürger, die am Samstag, dem 21. 1., aus allen Teilen der CSSR zum Grab Jan Palachs auf dem Friedhof in Vsetaty auf dem Weg waren, fanden sich vor einem abgeriegelten Friedhof wieder und wurden teilweise schon in der Stadt zurückgehalten. Nach offiziellen Meldungen befinden sich 55 Demonstranten noch in der Haft. Namentlich bekannt sind davon: Václav Havel (verurteilt zu 9 Monaten strenger Haft), Oto Veverka (12 Monate Haft), Jana Petrova (9 Monate Haft). Sie wurden aufgrund der §§ 202 und 165 verurteilt. Strenge Haft bedeutet: weniger Post, weniger Besuche und ein strengeres Regime. Auf Bewährung wurden verurteilt: David Nemec (6 Monate Haft auf 2 Jahre Bewährung und 4 000 Kronen Bußgeld), Jana Sternova (4 Monate Haft auf 1 Jahr Bewährung und 4 000 Kronen Bußgeld), Stanislav Penc (2 Monate Haft auf 2 Jahre Bewährung und 2 000 Kronen Bußgeld), Petr Placak (2 Monate Haft auf 2 Jahre Bewährung und 2 500 Kronen), Sasa Vondra (2 Monate auf 2 Jahre Bewährung und 2 500 Kronen). Dana Nemcova liegt im Krankenhaus und wartet auf ihr Urteil. Die auf Bewährung Verurteilten Wurden aufgrund des § 202 haftbar gemacht. Durch das ganze Land zog sich nach diesen erschreckenden Urteilen eine Protest- und Solidarisierungswelle. Zuerst taten sich knapp 700 Kunst- und Kulturschaffende der CSSR zu einer Petition zusammen, die gegen die Urteile protestierte. Mittlerweile haben über 2 700 Künstler und Intellektuelle unterschrieben. Aus 60 wissenschaftlichen Institutionen kamen Wissenschaftler zu einer zweiten Petition zusammen, die 670 Erstunterzeichner hatte und sich mittlerweile auf über 700 Unterschriften beläuft. Die neueste Initiative ist eine Petition böhmischer Arbeiter, die schon über 3000 Unterschriften zählt. Václav Havel ließ aus der Haft vernehmen, daß dies das größte Ereignis seit 1968 sei. Die Namen der 45 noch nicht bekannten Inhaftierten werden noch erkundet, inzwischen ist nur bekannt, daß Frantisek Starek inhaftiert ist und auf sein Urteil wartet.

2. Aufruf zum DDR-weiten Aktionstag am 19. März 1989. „Wir können nicht schweigend zusehen, wenn Menschen, wenn Brüder und Schwestern nach unserem Dafürhalten ungerecht verurteilt werden.

Wir rufen alle Gruppen und Gemeinden in der DDR auf zu einem DDR-weiten Aktionstag für die Freilassung aller aus politischen und religiösen Gründen Inhaftierten in der CSSR. Wir schlagen Gemeindeinformationsabende über die Geschichte der Tschechoslowakei und ihrer unabhängigen Gruppen vor, ebenso Lesungen aus Václav Havels Werken (z.B. „Wofür es sich zu leiden lohnt"). Schließlich halten wir Andachten der Betroffenheit mit Informationen und ein 24-Stunden-Fasten für eine angemessene Form des Protestes."

Unterzeichner: Arbeitskreis Gerechtigkeit (Leipzig); Mitglieder des Arbeitskreises Solidarische Kirche/Regionalgruppe Leipzig, Mitglieder der Arbeitsgruppe Menschenrechte (Leipzig), Mitglieder des Jugendkonventes Leipzig, Arbeitsgruppe Friedensdienst (Leipzig), Initiativgruppe Leben (Leipzig), Friedenskreis Grünau/Lindenau (Leipzig), Mitglieder der Umweltgruppe Borna, Gruppe Gerechtigkeit und Solidarität Dresden-Radebeul, Gruppe Gerechtigkeit Dresden-Elbtal, Mitglieder der Luthergemeinde (Dresden), Umweltgruppe Altenburg, Mitglieder der ökologischen Arbeitsgruppe Halle (Arche Region Sachsen/Anhalt), Umwelt-Bibliothek der Zionskirchgemeinde (Berlin), Mitglieder der Initiative Frieden und Menschenrechte, Mitglieder des Friedenskreises Nordhausen"

Hauptverfasser der Schilderung der Ereignisse (Teil 1) war der Sprecher des Arbeitskreises Gerechtigkeit Rainer Müller. Den Aufruf (Teil 2) verfaßten der Sprecher des Arbeitskreises Gerechtigkeit Bernd Oehler und der Mitarbeiter des Arbeitskreises Solidarische Kirche und des Friedensarbeitskreises Naumburg Christian Dietrich. Die Charta 77 sandte den Initiatoren am 17. März 1989 ein Dankschreiben:

„ Dokument der Charta 77. Brief an die unabhängigen Gruppen in der DDR. Liebe Freunde! Mit großer Freude haben wir die Nachricht aufgenommen, daß für den 19. März 1989 sechzehn unabhängige Gruppen in der DDR zu einem Tag der Solidarität mit den tschechoslowakischen Aktivisten aufgerufen haben, die in der letzten Zeit ins Gefängnis geworfen oder vor Gericht gestellt wurden. Euer Vorhaben erfüllt uns mit großer Freude, um so mehr als uns natürlich bewußt ist, daß auch die DDR ein Land ist, in dem die Menschenrechte verletzt werden und wo jede Manifestation des unabhängigen Denkens und der Solidarität mit zu unrecht Verfolgten einen bedeutenden persönlichen Einsatz fordert und kein kleines Risiko mit sich bringt. Sprecher der Charta 77 Dana Nemcova, Tomas Hradilek und Sasa Vondra."

Der Arbeitskreis Gerechtigkeit (Leipzig) hatte eine „Arbeitsgruppe Ostmitteleuropa". Sie unterhielt Kontakte zu Dissidenten in der CSSR, Polen, Ungarn, Estland, Litauen, Lettland und Rußland. Die Sprecher des Arbeitskreises Gerechtigkeit Rainer Müller und Thomas Rudolph waren für die Kontakte in die CSSR verantwortlich. In die CSSR wurden stabile Beziehungen zur Charta 77, Demokratischen Initiative, Masaryk-Gesellschaft, SPUSA (= Gesellschaft der Freunde der USA), Tschechoslowakisches Helsinkikomitee, Tschechoslowakische ökologische Bewegung und VONS (= Ausschuß zur Verteidigung zu Unrecht Verfolgter) organisiert und mit regelmäßigen Treffen in Prag sowie schriftlichen und telephonischen Kontakten aufrechterhalten. Über Leipzig wurden zeitnah und regelmäßig die Samisdat "Infoch" der Charta 77 einschließlich der Mitteilungen von VONS (14tägig), "Lidove Noviny" (monatlich) und das "Ekologicky Bulletin" - teilweise schon zusammen mit einer in Leipzig erstellten deutschsprachigen Übersetzung - aus Prag sowohl zu Dissidenten in Ostberlin als auch nach Westberlin geschmuggelt und von Westberlin aus durch Frank Wolfgang Sonntag auch an verschiedene Redaktionen in Westdeutschland versandt. Die Ostberliner Samisdat „Aufrisse". „Grenzfall", „Kontext" und „Umweltblätter" sowie weitere Texte wurden neben den eigenen Samisdat im Gegenzug zu den tschechoslowakischen

Oppositionsgruppen geschmuggelt. Der Arbeitskreis Gerechtigkeit vertrat darüber hinaus auf verschiedenen Veranstaltungen von Dissidenten die ostdeutschen Bürgerrechtsgruppen in Prag, so zum Beispiel auf dem internationalen Symposion "Tschechoslowakei '88" am 11./12. November 1988 aus Anlaß des 70. Jahrestages der Gründung des tschechoslowakischen Nationalstaates. In der Arbeitsgruppe Ostmitteleuropa waren für den Bereich CSSR neben den beiden Sprechern Müller und Rudolph noch die Sprecherin Kathrin Walther und die Mitarbeiter Dr. Babette Kohlbach, Silke Krasulsky, Frank Wolfgang Sonntag sowie Frank Richter von der Arbeitsgruppe Menschenrechte zuständig. Außerdem unterstützte Hans-Friedrich Fischer vom Friedenskreis Grünau/Lindenau mit seinen Kontakten und seiner Sachkunde diesen Arbeitsbereich. Die Arbeitsgruppe Ostmitteleuropa hatte „verdeckte" Mitarbeiter, welche aus verständlichen Gründen öffentlich nicht in Erscheinung traten für Übersetzungen (Hana Adlerova, Michael Böhme, Katrin Dorn, Carl Jesche, Bert Ludwig, Dirk Nolte u.a.), als Postadressen (Thomas Alberti, Susann Labitzke, Synnöve Schneider, Almut Weiß) und für den Schmuggel von Samisdat per Eisenbahn (Sylke Ungermann).

Wegen erneuter Schüsse an der Mauer und einer bekannt gewordenen Anweisung zur Bespitzelung und zum menschenrechtswidrigen Umgang mit Ausreiseantragstellern sagte am **10. März** Bundeswirtschaftsminister Helmut Hausmann seinen Messebesuch ab. Später sagt auch Bundesbauminister Oscar Schneider ab.

Am **11. März** gibt die Berliner Initiative Frieden und Menschenrechte als erste Oppositionsgruppe ihre DDR-weite Ausdehnung bekannt. In den Aufruf heißt es:

„... Die Initiative Frieden und Menschenrechte (IFM) ist weder eine Organisation noch eine Partei. Um sich ihr anzuschließen, bedarf es keiner eingeschriebenen Mitgliedschaft. Ihr gehören Menschen an, die der Überzeugung sind, daß auch in der DDR tiefgreifende Veränderungen notwendig sind, um den heutigen globalen und innergesellschaftlichen Erfordernissen gerecht zu werden. Diese Veränderungen können mit Begriffen wie >>Herstellung von Öffentlichkeit, Demokratisierung, Umgestaltung<< umschrieben werden ... Die unveräußerlichen Menschenrechte können von niemandem gewährt werden. Regierungen können sie verweigern, aber keinem Menschen absprechen. ..."

Jochen Läßig wird am **11. März** wegen Straßenmusik in der Leipziger Innenstadt zugeführt. Zusammen mit Silke Krasulsky vom Arbeitskreis Gerechtigkeit erhält er eine Ordnungsstrafe.

Der Arbeitskreis Gerechtigkeit fährt während Honeckers Messebesuch am **12. März** mit einem nun schon traditionellen Fahrradcorso und in traditioneller Begleitung von Westjournalisten und Staatssicherheitsleuten am Messegelände vorbei ins Grüne und wieder zurück ohne irgendeine Aktion geplant zu haben. Damit soll nur die Führung an die Existenz von Menschenrechtsgruppen erinnert und die Sicherheitskräfte an öffentliches Zusammenkommen Oppositioneller gewöhnt werden.

Nach dem Friedensgebet am **13. März** formiert sich ein Demonstrationszug von ca. 600 Personen in Richtung Alter Markt zur nun schon 4. Messedemo. Sie ist traditionell die gemeinsame Demonstration der Ausreiseantragsteller und einiger Bürgerrechtler für mehr individuelle Rechte und eben auch des Menschenrechtes auf freie Wahl des Wohnsitzes. Sicherheitskräfte in Zivil versuchen gewaltsam den Demonstrationszug aufzulösen. Journalisten werden bei ihrer Arbeit behindert. Gunter Schröder entfaltet ein Plakat: „Reisefreiheit statt Behördenwillkür". Er wird zugeführt. Bereits im Vorfeld der Demonstration werden die Bürgerrechtler Michael Arnold von der Initiativgruppe Leben und Wolfgang Sarstedt von der Arbeitsgruppe Menschenrechte zugeführt. Die Bundesregierung protestiert gegen das Vorgehen der Sicherheitskräfte. In einer am Rande der Demonstration und an Journalisten verteilten Erklärung der „Arbeitsgruppe Ausreise des Arbeitskreises Gerechtigkeit" heißt es:

„ Wir sind der Auffassung, daß die anhaltende Ausreisewelle ein Spiegelbild der gesellschaftlichen Zustände ist. Diese Zustände sind gekennzeichnet durch Stagnation in Politik, Wirtschaft und Kultur. Menschen werden mit Beginn des Bildungsweges zur Anpassung und Duckmäusertum erzogen. Die Folge ist ein Engagement um des eigenen Vorteils willen. Oft treffen wir auch auf Angst vor kritischem Auftreten, weil das Eintreten für gesellschaftliche Probleme zu erheblichen Nachteilen im beruflichen und privaten Bereich führen kann. Wird weiterhin ein verzerrtes Bild der Wirklichkeit wiedergegeben, breiten sich Frustration und Resignation und ein Zurückziehen in die Privatsphäre weiter aus. Für uns stehen berufliche Karriere bzw. das Erlangen von Privilegien nicht mehr zur Diskussion. Diese Situation eröffnet zwei Möglichkeiten: 1. völliges Desinteresse für alle gesellschaftlichen Probleme, 2. frei von Angst, die Zeit sinnvoll zu nutzen, eigene Erfahrungen einbringend, kirchliche Gruppen in ihrem Anliegen zur gesellschaftlichen Erneuerung zu unterstützen, ihren Einfluß ausbauen zu helfen. Dabei richten wir unser Hauptaugenmerk auf folgende Schwerpunkte:

1. *Das Recht, sein Land verlassen zu können, ist ein anerkanntes, allgemeines Menschenrecht. Die Praxis zeigt, daß Antragsteller häufig Repressalien ausgesetzt sind. Gesellschaftliche Ausgrenzung, berufliche Erschwernisse und selbst Berufsverbote führen zu einer höheren psychischen und physischen Belastung. Deshalb tauschen wir uns mit der „Arbeitsgruppe zur Situation der Menschenrechte in der DDR" aus.*
2. *Sammeln von Fakten über die Bearbeitungspraxis der Behörden im Umgang mit der Verordnung über Reisen von Bürgern der DDR nach dem Ausland:*
   - quantitative Entwicklung der Reisepraxis
   - erhöht sich das Rechtsgefühl der Bürger ?
   - wie wird mit Versagungsgründen umgegangen ?- was sind „andere humanitäre Gründe" ?
3. *Erarbeitung von Informationen zu folgenden Themen:*
   - Erhaltung der Schöpfung durch Entwicklung eines gesunden Umweltbewußtseins

- *Entmilitarisierung der Gesellschaft und Abbau von Feindbildern, besonders in der Volksbildung*
- *Kommunalwahlen*

Wir betrachten unsere Arbeit nicht als Selbstzweck und sind der Ansicht, daß jeder, der in diesem Staat Verantwortung trägt, nicht länger an den bestehenden Problemen vorbeigehen darf. Aus diesem Grund sind wir jederzeit zu einem sachlichen Dialog mit allen staatlichen Organen bereit."

In der Leipziger Liebfrauengemeinde findet am **14. März** erneut ein Fürbittgottesdienst für die in der CSSR inhaftierten Bürgerrechtler mit einem ausführlichen Informationsteil statt.

Wegen des gewaltsamen Vorgehens der Sicherheitskräfte während der Messedemonstration veröffentlichen der Arbeitskreis Gerechtigkeit und Mitarbeiter dreier weiterer Gruppen am **15. März** einen Offenen Brief zum Vorgehen der Sicherheitskräfte in Leipzig. Er wird im Foyer des Hotels Bayrischer Hof westlichen Journalisten übergeben. In dem von Thomas Rudolph und Kathrin Walther verfaßten Offenen Brief heißt es:

„Am Montag, dem 13. 3. wurde gegen 16 Uhr der Mitarbeiter der Arbeitsgruppe Menschenrechte, Wolfgang Sarstedt von seiner Arbeitsstelle durch Mitarbeiter des MfS zugeführt. Am gleichen Tage wurde Michael Arnold von der Initiativgruppe Leben, der sich auf dem Wege in die Nikolaikirche befand, um am allmontäglichen Friedensgebet teilzunehmen, zugeführt. Ihm wurde vorgeworfen, in der Innenstadt Leipzigs fotografiert zu haben. Beide befinden sich wieder auf freiem Fuße. Als sich nach dem Friedensgebet ein Zug von 600 zumeist ausreisewilligen BürgerInnen formierte, wurde dieser von zivilen und uniformierten Sicherheitskräften teilweise gewaltsam daran gehindert, sich für mehr individuelle Rechte und gegen einen Überwachungsstaat (in Sprechchören wurde "Stasi weg" skandiert) auszusprechen. Einige der DemonstrantInnen wurden mit Füßen getreten und einige festgenommen. Gunter Schröder wurde ein Plakat, welches er wenige Sekunden hochgehalten hatte, entrissen und festgenommen. Journalisten und Kameraleute, die den Demonstrationszug begleiteten, wurden bei ihrer Arbeit behindert.

Wir fragen uns, wann die Staatsführung der DDR endlich begreift, daß obrigkeitsstaatliche Maßnahmen, wie die vom 13. März in Leipzig, nicht dem inneren Frieden dienen. Eine Regierung, die ständig darauf bedacht ist, ihre friedenspolitischen Aktivitäten darzustellen aber den inneren Frieden mit Privilegien, Bespitzelung und Denunziation gegen Menschen, die nichts weiter tun, als durch die Verfassung garantierte Menschenrechte wahrzunehmen, selbst aushöhlt, wird sich auf Dauer in außenpolitische Isolation begeben und das noch bestehende Vertrauen eines Teiles der Bevölkerung in ihre Entscheidungen verlieren. Wenn der Führung der DDR nicht dasselbe Schicksal wie das der rumänischen Regierung widerfahren soll, muß sie unverzüglich mit der Demokratisierung sämtlicher gesellschaftlichen Strukturen beginnen. Dabei wird sie nicht umhin können, alle Menschenrechte zu respektieren und entsprechend zu handeln. Dies schließt das Recht auf Reisefreiheit und das Recht, seinen Wohnsitz auch außerhalb der DDR zu wählen, ein. Dieses Recht darf nicht aufgrund verwandtschaftlicher Beziehungen und Ergebenheitsbekundungen gegenüber der SED von staatlichen Organen "verliehen" werden. Die Bevölkerung eines Landes, welche sich in ihrer Mehrheit als "Gefangene einer Regierung" empfindet, wird nie ihre ganze Kraft für das Wohl dieses Landes einsetzen, sondern in einen Zustand der Lüge und Resignation verfallen oder aufbegehren.

Es bleibt - und das nicht nur für die Regierung der DDR - beschämend, wenn der Zustand der Lüge bis in die Gräber der Toten reicht. Chris Gueffroy wurde im Februar am sogenannten Antifaschistischen Schutzwall von Grenzsoldaten der DDR ermordet. Er war nicht der erste und wird auch nicht der letzte gewesen sein - leider. 120 Personen waren am 23. Februar zu seiner Beerdigung gekommen, aber nicht einmal am Grabe fand die Wahrheit Platz. Der Mord wurde als "tragischer Unglücksfall" bezeichnet, was den Zustand der Lüge gegenüber den dunklen Stellen in der Geschichte der DDR besonders beschämend aufzeigt.

Wenn wir, ob Parteigenosse oder Christ, Intellektueller oder Arbeiter etwas ändern wollen, müssen wir die Dinge so bezeichnen wie und was sie sind. Jeder muß an seinem Ort beginnen, die Wahrheit zu sagen. Wenn die Angst vor der Wahrheit einer Offenheit weicht, wird es überflüssig Druckerzeugnisse zu zensieren, Journalisten bei ihrer Arbeit zu behindern oder Menschen wegen ihrer Meinungsbekundungen zu inhaftieren. Nur: Jeder muß eben an seinem gesellschaftlichen Platz damit beginnen und solidarisch für seinen Nachbarn eintreten.

Unterzeichner: Arbeitskreis Gerechtigkeit, Mitglieder der Initiativgruppe Leben, Mitglieder des Jugendkonvente, Mitglieder der Arbeitsgruppe Friedensdienst Leipzig"

In der Beratung von Vertretern ostdeutscher Bürgerrechtsgruppen im Sonnabendskreis am **18. März** in Leipzig wird über die Vorbereitungen zum DDR-weiten Aktionstag für die in der CSSR zu unrecht Inhaftierten in den einzelnen Städten informiert. Außerdem wird der Stand der Vorbereitung der Kontrolle der Auszählung der Kommunalwahl in den einzelnen Städten beraten. Der Arbeitskreis Gerechtigkeit gestaltet den Aktionstag gegen die Inhaftierungen in der CSSR am **19. März** in der Leipziger Markuskirchgemeinde. Vor allem Gruppen aus Städten, welche im Sonnabendskreis vertreten waren organisierten Veranstaltungen, z.B. in Dresden, Halle, Ilmenau. Ostberlin, Quedlinburg und Westberlin. Zum Friedensgebet am **20. März** entfalten Uwe Schwabe und Frank Sellentin von der IG Leben sowie Rainer Müller vom AK Gerechtigkeit an der Empore der Nikolaikirche ein Transparent: „Freiheit für Václav Havel und alle politischen und religiösen Inhaftierten in der CSSR!".